

Ressort: Politik

SPD verlangt nach Chemnitz AfD-Beobachtung durch Verfassungsschutz

Berlin, 30.08.2018, 15:39 Uhr

GDN - Die SPD hat nach den Vorfällen in Chemnitz eine Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz gefordert. "Insbesondere die Ereignisse der letzten Tage zeigen, dass weite Teile der AfD offen völkisch-nationalistisches Gedankengut vertreten und rechtsextreme Gewalttaten verharmlosen", sagte SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Freitagsausgaben).

Dem müssten sich alle Demokraten laut und entschlossen entgegenstellen. "Und auch der Verfassungsschutz muss diese Aktivitäten genau beobachten." Das fordert der stellvertretende SPD-Vorsitzende Ralf Stegner schon lange. Mit der Positionierung des Generalsekretärs ist der Ruf nach dem Verfassungsschutz nun offizielle Parteilinie der SPD. "Die AfD hat Rechtsextremisten in ihren Reihen - auch in der Führung. Wehrhafte Demokratie heißt handeln, nicht tatenlos zuschauen", sagte Stegner den Funke-Zeitungen. Ein AfD-Bundestagsabgeordneter hatte nach dem Tod eines 35-Jährigen in Chemnitz, der mutmaßlich von einem Syrer und einem Iraker erstochen wurde, und dem folgenden Aufmarsch von Rechten auf Twitter von der Bürgerpflicht geschrieben, eine "todbringende Messermigration zu stoppen". Die AfD im hessischen Hochtaunuskreis drohte auf Facebook Journalisten unverhohlen mit Gewalt. Zugleich äußerte Stegner Zweifel an der Neutralität an der Spitze des Verfassungsschutzes. Statt "die Demokratiefeinde von rechts" endlich zu beobachten, "führt Herr Maaßen skandalöserweise offensichtlich freundliche Betreuungs- und Beratungsgespräche". Zuletzt war der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, aufgrund von zwei Treffen mit der früheren AfD-Vorsitzenden Frauke Petry öffentlich in die Kritik geraten. Laut einer AfD-Aussteigerin soll der Verfassungsschutzchef der Partei in den Gesprächen Empfehlungen für den Umgang mit Rechtsextremisten in den eigenen Reihen gegeben haben. Sowohl Maaßen als auch Petry nennen diese Vorwürfe falsch. Auch mit dem heutigen AfD-Parteichef Alexander Gauland soll sich Maaßen getroffen haben.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-111118/spd-verlangt-nach-chemnitz-afd-beobachtung-durch-verfassungsschutz.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619